



Haupt- und Medienausschuss

19. Sitzung (öffentlich)

14. Juli 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Wolfram Kuschke (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Hohe Gebühreneinnahmen verpflichten zu hochwertigem Rundfunk **6**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/217

Ausschussprotokoll 15/154
Stellungnahme 15/511

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/217 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linker gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

2 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren 9

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1312

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Haupt- und Medienausschuss leitet den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Grünen Drucksache 15/1312 ohne Votum an den federführenden Innenausschuss weiter.

3 Landtag als Vorbild: Energie sinnvoll einsparen – Energie effizient nutzen – Energie aus Erneuerbaren Energien verwenden 11

Antrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1925 – Neudruck

Der Haupt- und Medienausschuss leitet den Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen Drucksache 15/1925 – Neudruck – ohne Votum an den federführenden Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz weiter. – Nach der parlamentarischen Sommerpause will der Haupt- und Medienausschuss einen Bericht des Landtagspräsidenten zu diesem Thema entgegennehmen.

4 Praktikable Rahmenbedingungen für legales Glücksspiel schaffen – Netzsperrern verhindern, Destinatäre absichern und Wettmärkte europarechtskonform öffnen 14

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2130

In Verbindung mit:

**Zukunftsperspektiven des Lotteriemonopols /
Glücksspielstaatsvertrag**

Vorlage 15/745

– Sachstandsbericht der Landesregierung

Der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Franz-Josef Lersch-Mense, berichtet dem Ausschuss über den aktuellen Sachstand und sagt zu, die Informationsrunde „Glücksspiel“ zeitnah über die für den 18. Juli 2011 erwartete Stellungnahme der EU-Kommission zu unterrichten. – Der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2130 wird erneut auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt, wenn sich dies im weiteren Verlauf der Beratungen über den Glücksspielstaatsvertrag anbietet.

5 a) Überlegungen der Bundesregierung zur Entwicklung der Bundeswehrstandorte und deren Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen

23

b) Zukunft der Standorte der Britischen Streitkräfte in Nordrhein-Westfalen

Vorlage 15/746

– Bericht der Landesregierung

Der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Franz-Josef Lersch-Mense, erstattet ausführlich Bericht. Es schließt sich eine kontroverse Diskussion an. Die Staatskanzlei soll den Ausschuss über den Sachstand auf dem Laufenden halten.

Der Ausschussvorsitzende will Herrn Minister Remmel in einem kurzen Brief unter Verweis auf die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt über die Anregung aus dem Ausschuss informieren, an den Gesprächen in der Region Ostwestfalen auch die örtlichen Landtagsabgeordneten zu beteiligen.

6 Verschiedenes

37

a) Zuordnung einer Übertragungskapazität für Rundfunk Vorlage 15/737

37

Der Ausschuss nimmt Vorlage 15/737 zur Kenntnis.

b) Beteiligung an einer Anhörung

37

Der Haupt- und Medienausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiter-

bildung zum Sechsten Schulrechtsänderungsgesetz –
Stichwort: Islamunterricht – nachrichtlich zu beteiligen.

c) Reise des Ausschusses zur IFA am 4./5. September 2011 37

Der Ausschuss beschließt, am 4./5. September 2011 zur IFA zu reisen.

d) Bestellung eines wissenschaftlichen Sachverständigen zur Evaluierung der §§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und 5a des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) 37

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum des Landtags einstimmig die Zustimmung zur Bestellung eines wissenschaftlichen Sachverständigen zur Evaluierung der §§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und 5a des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (VSG NRW).

e) Beratungsverfahren zum Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen Drucksache 15/2363 38

Der Ausschuss verständigt sich darauf, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landtagspräsidenten am Rande des nächsten Plenums eine außerplanmäßige Sitzung durchzuführen, um einen Beschluss über eine Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen Drucksache 15/2363 zu fassen, der am kommenden Mittwoch in erster Lesung plenar beraten werden soll.

f) Präsenz von Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren im Ausschuss 39

Die Fraktionen von FDP und CDU kritisieren die mangelnde Präsenz von Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren im Ausschuss.

g) Nächster Sitzungstermin des Ausschusses 40

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 15. September 2011 beim WDR in Köln statt.

6 Verschiedenes

a) Zuordnung einer Übertragungskapazität für Rundfunk Vorlage 15/737

Der Ausschuss nimmt Vorlage 15/737 zur Kenntnis.

b) Beteiligung an einer Anhörung

Der Haupt- und Medienausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zum Sechsten Schulrechtsänderungsgesetz – Stichwort: Islamunterricht – nachrichtlich zu beteiligen.

c) Reise des Ausschusses zur IFA am 4./5. September 2011

Vorsitzender Wolfram Kuschke führt aus, nach wie vor werde die IFA hinsichtlich ihres aktuellen Stellenwertes unterschiedlich bewertet. Er schläge vor, diese Ausstellung in diesem Jahr noch einmal zu besuchen und anschließend in eine Auswertung darüber einzutreten, ob ein solcher Besuch zukünftig noch erwünscht sei.

Reiner Priggen (GRÜNE) erklärt sich damit einverstanden, denjenigen, die sich derzeit für den Besuch der IFA interessieren, die Reise dorthin nicht zu verwehren, anschließend aber in die Diskussion über weitere Besuche dieser Ausstellung einzutreten.

Der Ausschuss beschließt, am 4./5. September 2011 zur IFA zu reisen.

d) Bestellung eines wissenschaftlichen Sachverständigen zur Evaluierung der §§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und 5a des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (VSG NRW)

Vorsitzender Wolfram Kuschke verweist auf Vorlage 15/751, mit der die Landesregierung den Landtag um das Einvernehmen zur vorgeschlagenen Bestellung eines Sachverständigen bitte. Da dem Ausschuss diese Vorlage sehr kurzfristig zugegangen sei, könne man die Abstimmung auch verschieben.

Armin Laschet (CDU) spricht sich für die sofortige Abstimmung aus.

Ralf Witzel (FDP) möchte sich zuvor inhaltlich zu diesem Punkt äußern.

Vorsitzender Wolfram Kuschke eröffnet die Beratung.

